Unternehmensverantwortung in der Corona-Krise: Bürger*innen erwarten Richtungswechsel



Wie nehmen Bürger*innen die Soziale Marktwirtschaft in der Pandemie wahr? Welche Prioritäten erwarten sie von Unternehmen? Und welche Ansprüche stellen sie an CEOs in gesellschaftlichen Debatten? Wie gut wir aus der aktuellen Krise herauskommen, wird auch von der Wahrnehmung unseres Wirtschaftssystems abhängen. Das Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik (WZGE) hat gemeinsam mit Prof. Philipp Schreck von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eine Studie zur "Unternehmensverantwortung in der Coronakrise" erarbeitet. Sie basiert auf einer repräsentativen Umfrage mit über 2.500 Befragten, die im Zeitraum von November 20 bis Februar 21 durch das Meinungsforschungsinstitut Civey durchgeführt wurde. Die Kernergebnisse im Überblick:

Systemveränderung statt Systemwechsel]
Mit Blick auf die Soziale Marktwirtschaft sind 39% der Auffassung, dass sich das System in der Krise bewährt hat. 37% Prozent sprechen sich für Veränderungen des Systems aus. Nur 18% fordern einen grundlegenden Systemwechsel. Für die Debatten über ein besseres Wirtschaften nach der Krise lässt sich festhalten: Für die Position eines "Weiter so? gibt es ebenso wenig eine Mehrheit wie für Forderungen nach einem radikalen Umbau ?des? Systems. Entsprechend sollten Veränderungen ?im? System in den Mittelpunkt der Diskussionen rücken.

Begrenztes Vertrauen in Unternehmen]
36% der Befragten sind der Ansicht, dass Unternehmen einen aktiven Beitrag zur Überwindung der Corona-Krise leisten, ebenfalls 36% verneinen dies. Bedenken bestehen dagegen beim verantwortungsvollen Umgang der Unternehmen mit Corona-Hilfen: 44% der Befragten geben an, diesbezüglich ein nur geringes Vertrauen zu haben, lediglich 28% haben großes Vertrauen. Angesichts der umfassenden staatlichen Hilfen für die Wirtschaft steigen die Erwartungen an unternehmerische Solidarität. Entscheidungen mit sozialem oder ökologischen Konfliktpotenzial müssen künftig umso besser abgewogen und begründet werden.

Prioritäten in der Krise: Arbeitsplatzsicherung deutlich vor Klimaschutz]
Auf die Frage nach den drei wichtigsten Themen für Unternehmen in der Krise nennt eine große Mehrheit "Arbeitsplätze sichern" (72%) vor "Digitalisierung vorantreiben" (41%) und "wirtschaftlichen Erfolg sichern" (38%). Das Thema "Klimaschutzziele erreichen" schafft es nur bei 25% der Befragten in die Top 3. Unternehmen sehen sich damit vor folgender Herausforderung: Aus Sicht der Bürger*innen sollen sie der Arbeitsplatzsicherung höchste Priorität einräumen, während von politischer, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Seite raschere und tiefgreifendere Veränderungen für mehr Klimaschutz eingefordert werden.

Mehr Resilienz durch Regionalisierung?]
Eine deutliche Mehrheit der Befragten in der Studie (59%) ist der Meinung, Unternehmen sollten ihre Lieferketten als Reaktion auf die Corona-Pandemie stärker regional ausrichten. Auch hier sehen sich Unternehmen schwierigen Erwartungen gegenüber: Eine Regionalisierung der Lieferketten steht in Konkurrenz zum Ziel der Wettbewerbsfähigkeit, die wiederum Voraussetzung für Arbeitsplätze hierzulande ist.

Im Fokus: Corporate Activism - Umgang mit Verschwörungsmythen]
41% der Befragten sprechen sich dafür aus, dass sich Wirtschafsvertreter*innen stärker an öffentlichen Debatten zur Pandemie beteiligen, nur 24% wünschen sich weniger Beteiligung. In Bezug auf öffentliche Positionierungen zu Verschwörungsmythen gibt es hingegen kein klares Stimmungsbild: 46% der Befragten sind dafür, 49% dagegen. Unternehmen können allerdings nicht "nicht" Haltung zeigen. So kann ein Nichteinschreiten gegen Verschwörungsmythen - auch ungewollt - als stillschweigende Duldung interpretiert werden.

Was folgt daraus für Unternehmen?]
Im Spannungsfeld aus kurzfristigem Krisenmanagement, nachhaltiger Veränderung und globalem Wettbewerbsdruck stellen die Erwartungen der Bürger*innen Unternehmen vor manch schwierige Abwägung. In unserer Studie geben wir Orientierungen, wie sie damit umgehen können. Sie kann unter www.wcge.org heruntergeladen werden.